

Österreichische Stellungnahme zum Entwurf einer neuen agrarischen Gruppenfreistellungsverordnung sowie zur Rahmenregelung für Beihilfen im Agrar- und Forstsektor und in den ländlichen Gebieten

Die Behörden der Republik Österreich (Ö) bedanken sich bei der Europäischen Kommission (EK) für den ersten Entwurf einer neuen agrarischen Gruppenfreistellungsverordnung sowie einer Rahmenregelung und für die Bereitschaft, die Anmerkungen und Änderungsvorschläge der Mitgliedstaaten (MS) entsprechend zu berücksichtigen. Die Abgabe einer Stellungnahme bereits vor dem Beratenden Ausschuss am 10. März 2022 erfolgt mit der Intention, dass die EK am 10.3.2022 – wenn möglich – bereits auf eingebrachte Vorschläge und Fragen eingehen kann.

I. Einleitung

Nachdem der österreichische GAP-Strategieplan (GSP) zahlreiche wettbewerbsrelevante Interventionen außerhalb des Agrarsektors enthält, ist eine möglichst rasche Verabschiedung der dafür nötigen Beihilfegrundlagen essentiell. Ö hofft daher auf eine rasche Verabschiedung der im Entwurf vorliegenden Verordnung und der Mitteilung unter Berücksichtigung der notwendigen Auseinandersetzung mit den Änderungsvorschlägen der MS.

II. Entwurf agrarische Gruppenfreistellungsverordnung

Die Ausweitung der Freistellungstatbestände wird ausdrücklich begrüßt. Ebenso trägt die Weiterführung vieler Artikel in unveränderter Form zu einer gewünschten Kontinuität im Beihilferecht bei.

1. Zu Art. 2 Z 3:

Es wird angemerkt, dass der in der Definition vorgesehene Schwellenwert von jenem gemäß Art. 76 Abs. 6 Verordnung (EU) 2021/2115 abweicht. Es wird eine Anpassung des Schwellenwertes an jenen der Ländlichen Entwicklung, also 20 %, angeregt.

2. Zu Art. 2 Z 38:

Im Entwurf wird in Art. 2 Z 38 erstmals der Begriff „der industriellen Verarbeitung vorangehende Arbeitsvorgänge“ bestimmt. Laut den nachfolgenden Ausführungen handelt sich dabei um „jene Tätigkeit, die bis zum Eintreffen des Holzes im Sägewerk mit einer maximalen Kapazität von 5000 m³ pro Jahr durchgeführt wird, mit einem absoluten Grenzwert 10 000 m³ Rundholz pro Sägewerke“.

Diese Begriffsbestimmung ist unklar formuliert. Ö ersucht daher die EK um Klarstellung, dass dadurch nicht Holzlagerplätze erfasst werden, die von landwirtschaftliche Betrieben oder durch industrielle Verarbeitungsbetrieben vorgelagerte Einrichtungen errichtet wurden.

3. Zu Art. 4:

Im Lichte der großen Herausforderungen (z. B. größere Preissteigerungen in letzter Zeit und aller Voraussicht nach auch in der näheren Zukunft) wird ersucht, die Freistellungsschwellenwerte generell einer Valorisierung zu unterziehen und entsprechend zu erhöhen. Der Anwendungsbereich der agrarischen Gruppenfreistellungsverordnung würde durch eine Nichtanhebung der Schwellenwerte sukzessive kleiner werden, was dem von der EK beabsichtigten Effekt widerspräche.

4. Zu Art. 7 Abs. 1:

Es ist nicht nachvollziehbar, warum die Anwendung vereinfachter Kosten nur dann im Rahmen einer freigestellten Beihilferegulierung zulässig sein soll, wenn das Vorhaben zumindest teilweise aus dem ELER kofinanziert wird. Es wird daher um die Streichung der Passage *„das Vorhaben zumindest teilweise aus dem ELER finanziert wird und“* ersucht. Zudem wird empfohlen, einen Verweis auf die aktuell geltende ESI-Fonds-Verordnung 2021/1060 aufzunehmen.

5. Zu Art. 9 und Anhang II:

Der Entwurf sieht eine deutliche Ausweitung der Transparenzverpflichtungen vor. Die vorgesehene Verringerung der Meldeschwelle von bisher EUR 60.000 auf EUR 10.000 kann im Lichte des damit verbundenen, zusätzlichen administrativen Aufwandes nicht befürwortet werden.

Bereits im befristeten COVID 19-Beihilferahmen wurde von der Transparenzverpflichtung für staatliche Beihilfen abgegangen und eine reduzierte Meldeschwelle festgesetzt, was aufgrund der außerordentlichen Situation und der vordringlichen Notwendigkeit zur Gewährung staatlicher Krisenbeihilfen toleriert wurde. Die EK wird ersucht, auf die Ausweitung der Transparenzverpflichtungen zu verzichten.

Darüber hinaus wird eine Übernahme des bisherigen Art. 10 in die neue Verordnung gefordert, um doppelte Veröffentlichungen vermeiden zu können.

Im Anhang II ist unter lit. b die Identifikationsnummer des Begünstigten angeführt; der Name des Begünstigten ist aber – wie bisher – nicht enthalten. Ö geht davon aus, dass es sich hier um ein Versehen handelt und ersucht um Berichtigung. Im Übrigen wird die Einführung zusätzlicher Merkmale, die mit weiterem technischen Aufwand verbunden sind, abgelehnt.

6. Zu Art. 28:

Aus Sicht Ö ist die Formulierung in Artikel 28 Abs. 7 nicht eindeutig. Jedenfalls werden Vorbeugemaßnahmen als Vorbedingung für eine Schadensabgeltung abgelehnt.

Das Auftreten beispielsweise des Wolfs kann nicht vorhergesehen werden. Daher werden Vorbeugemaßnahmen vor dem ersten Auftreten von Schäden als unverhältnismäßig angesehen. Aus Sicht Ö sollten Vorbeugemaßnahmen nach erfolgten Schäden im Zuge der Entschädigungszahlungen vorgeschrieben werden (sofern sie im Verhältnis stehen) und beihilfenrechtlich unterstützt werden können. Ö ersucht daher, die Durchführung von Vorbeugemaßnahmen nicht als Vorbedingung zu fordern und Absatz 7 zu streichen.

7. Zu Art. 33:

Im Unterschied zur derzeit geltenden Vorschrift ist im Entwurf in Abs. 5 keine Regelung dazu enthalten, für welchen Zeitraum die jährliche Hektarprämie gewährt werden darf. Aus Sicht Ö sollte dies ergänzt werden.

Die in Abs. 7 lit. d vorgesehene Ergänzung, dass keine Beihilfen mehr gewährt werden dürfen für die Anpflanzung von „Arten, die in dem Gebiet nicht heimisch sind, es sei denn, die Unterstützung wird im Rahmen des GAP-Strategieplans gewährt“, wird von Ö als sehr kritisch angesehen.

Derzeit ist im österreichischen Programm für Ländliche Entwicklung der Anteil der maximal zulässigen nicht heimischen Baumarten bei Aufforstungen mit 25% begrenzt. Damit wird sichergestellt, dass die Anzahl der beigemischten nicht heimischen Baumarten auf das forstfachlich erforderliche Ausmaß beschränkt wird. Nicht heimische Baumarten, wie z.B. Roteiche, Douglasie, Weymutskiefer, Libanonzedern, erweisen sich im Zuge wissenschaftlich begleitender Forschungen als besonders geeignet, um die großen Herausforderungen des Klimawandels wie Trockenheit und Hitzeperioden entsprechend besser bewältigen zu können. Außerdem ist es bei geförderten Aufforstungen üblich, dass Beratungsgespräche stattfinden, in denen Art und Umfang der Beimischungen speziell besprochen werden, sodass die Förderungen an diese fachlichen Festlegungen gebunden sind. Aus Ö Sicht wird daher die Streichung des lit. d aus forstfachlicher Sicht als dringend geboten angesehen.

8. Zu Art. 35:

Der Titel des Art. 35 wird im Vergleich zur derzeit geltenden Vorschrift auf „Beihilfen für die Vorbeugung von Schäden und die Wiederherstellung von Wäldern nach Waldbränden“ geändert. Abs. 1 nimmt trotz der Titeländerung nicht nur auf den Waldbrand Bezug, sondern auch auf bisher im Titel enthaltenen Ereignisse. Aus Sicht Ö würde die Titeländerung zu stark einschränken. Der bisherige Titel sollte daher beibehalten werden.

Hinsichtlich Artikel 35 Abs. 5 lit. a ist die Vorlage eines Nachweises über geeignete Risikomanagementinstrumente durch die Begünstigten, um das potenzielle Auftreten des Schadenseignisses in Zukunft zu verhindern, nicht umsetzbar und daher strikt abzulehnen. Generell ist anzumerken, dass das „potenzielle Auftreten“ von Schadereignissen, die zunehmend mit „Höherer Gewalt“ verbunden sind, an sich nicht verhindert werden kann. Risikomanagementinstrumente, welche das Auftreten eines Schadereignisses in der Zukunft verhindern, erscheinen auf einzelbetrieblicher Ebene insbesondere bei Kleinwaldstrukturen nicht sinnvoll.

Hinsichtlich Artikel 35 Abs. 5 lit. b ist ein Nachweis der Begünstigten, dass diese Wiederherstellung Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel umfassen wird, nicht umsetzbar. Entsprechende Nachweise liegen auf einzelbetrieblicher Ebene (70 % der Betriebe besitzen weniger als 10 ha Wald) nicht vor. Diese neu eingeführten Nachweise werden daher aus Sicht Ö abgelehnt. Zudem würden sie eine Mehrbelastung sowohl für die kleinstrukturierten Waldbesitzer als auch für die Verwaltung darstellen, die diese Nachweise zu prüfen hätte.

9. Zu Art. 46 Abs. 3 lit. a:

Art. 46 ist als Freistellungstatbestand für investive Interventionen der Ländlichen Entwicklung, insbesondere gemäß Art. 73 Verordnung (EU) 2021/2115, vorgesehen. Gemäß Art. 73 Abs. 3 lit. f dieser Verordnung sind „große Infrastrukturen“, die nicht Teil von LEADER sind, nicht förderfähig. Die MS haben die großen Infrastrukturen zu definieren, wie das auch derzeit für die Ländliche Entwicklung in der Periode 14-20 der Fall ist. Indem die EK im vorgelegten Entwurf den Wert für kleine Infrastruktur mit beihilfefähigen Kosten von EUR 2 Mio begrenzt, schränkt

sie die Möglichkeit einer beihilferechtlichen Deckung für derartige Investitionen im Rahmen der ländlichen Entwicklung massiv ein, denn auch im Entwurf für die neue Rahmenregelung ist der gleiche Schwellenwert vorgesehen. Faktisch wird den MS für wettbewerbsrelevante Infrastrukturinvestitionen die Möglichkeit genommen, einen höheren Wert als EUR 2 Mio festzulegen. Die Tatbestände ohne Schwellenwerte in Art. 46 Abs. 3 lit. b – e ändern nichts daran, dass laut Art. 73 Abs. 3 lit. f VO 2021/2115 nur kleine Infrastrukturen förderfähig sind. Unter Berücksichtigung der enormen Preissteigerungen, die in der Baubranche zu verzeichnen sind, wird die EK ersucht, die Schwelle auf EUR 5 Mio anzuheben.

10. Zu Art. 51:

Ö begrüßt die Freistellungsmöglichkeiten für CLLD und EIP-Projekte. Wie auch von Ö bereits in seiner Stellungnahme vom 7.12.2021 an die EK zur Novellierung der AGVO angemerkt, wird die Beschränkung auf KMU als Hemmnis gesehen. Da es sich bei CLLD/EIP-Projekten um kleine Projekte der ländlichen Entwicklung von lokaler Wirkung handelt, die in der Regel nicht geeignet sind, den Binnenmarkt zu verzerren und da bei diesen Kooperationsprojekten, mit zum Teil über 100 teilnehmenden Unternehmen, die Prüfung des KMU-Status mit einem unverhältnismäßigen Aufwand verbunden wäre, wird die EK ersucht, die Freistellungsfähigkeit nicht auf KMU zu begrenzen. Es wird daher vorgeschlagen, die Freistellungsmöglichkeiten für Unternehmen unabhängig ihrer Größe zu gestalten.

III. Entwurf Rahmenregelung

1. RZ 32 – Begriffsdefinition Punkt 3

Siehe Anmerkung zu II. Punkt 1.

2. RZ 32 – Begriffsdefinition Punkt 54

Siehe Anmerkung zu II. Punkt 9

3. RZ 107

Siehe Anmerkung zu II. Punkt 5.

4. RZ 389

Siehe Anmerkung zu II. Punkt 6.

5. RZ 501 + 526

Gemäß Punkt (501) des II. Teils Kapitel 2.1.1. sieht der Entwurf die Förderung von Kosten für die Ausrüstung für die Aufforstung und Erstellung von Waldgebieten unter Kapitel 2.1.5. (Beihilfen für Investitionen in forstwirtschaftliche Technologien und in die Verarbeitung, Mobilisierung und Vermarktung von Forsterzeugnissen) konkret Punkt (526) vor. In diesem Zusammenhang ist es ein Anliegen Ö, dass durch die Regelung Holzlagerplätze nicht ausgenommen werden.

6. RZ 516

Hinsichtlich Punkt (516) und der Aufhebung der Klassifizierung einer mittleren oder hohen Waldbrandgefahr bleibt aus Sicht Ö unklar, welche Kriterien für die geforderten Waldschutzpläne heranzuziehen sind und inwieweit nationale Äquivalente eines solchen Planes geeignet sind. In Österreich müssten geforderten Waldschutzpläne formal erst etabliert werden.

7. RZ 616 – 619

Im Erläuterungsdokument wird ausgeführt, dass eine allgemeine Klausel zur Vermutung der Vereinbarkeit der Interventionen zur Entwicklung des ländlichen Raums mit dem Beihilferecht eingeführt wird.

Die Kommission wird ersucht, beim Beratenden Ausschuss darzulegen, inwieweit die gemeinsamen Bewertungsgrundsätze im 3. Kapitel dann noch zu einer Nichtgenehmigung einer notifizierten Beihilferegulation zu einer Intervention, die von der EK im Rahmen des GSP bereits genehmigt wurde, führen können.